

## Zweite Sitzung – Deuxième séance

Dienstag, 26. November 2013

Mardi, 26 novembre 2013

08.15 h

12.100

### Menschen mit Behinderungen. Übereinkommen

### Personnes handicapées. Convention

#### *Zweitrat – Deuxième Conseil*

Botschaft des Bundesrates 19.12.12 (BBI 2013 661)  
Message du Conseil fédéral 19.12.12 (FF 2013 601)

Nationalrat/Conseil national 21.06.13 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 26.11.13 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 13.12.13 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 13.12.13 (Schlussabstimmung – Vote final)

**Bruderer Wyss Pascale (S, AG)**, für die Kommission: Menschen mit Behinderungen sehen sich in allen Teilen der Welt nach wie vor mit Hindernissen konfrontiert, was ihre Teilhabe als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft anbelangt, aber auch mit Verletzungen ihrer Menschenrechte. Mit dieser Feststellung habe ich gleichzeitig sinngemäss eine Passage der Präambel der Uno-Behindertenrechtskonvention zitiert. Das Übereinkommen, das wir heute diskutieren, wurde nicht zuletzt als Reaktion auf diese Feststellung ins Leben gerufen.

Die Uno-Behindertenrechtskonvention ist das erste internationale Übereinkommen, das sich spezifisch den Rechten von Menschen mit Behinderungen widmet, und Menschen mit Behinderungen haben bei seiner inhaltlichen Erarbeitung wesentlich mitgewirkt. Es wurde am 13. Dezember 2006 durch die Uno-Generalversammlung verabschiedet und ist dann am 3. Mai 2008 in Kraft getreten. Bis heute haben es 157 Staaten sowie die EU unterzeichnet. 137 Staaten und die EU haben es bereits ratifiziert. Alle Nachbarstaaten der Schweiz haben sowohl die Konvention als auch ihr Fakultativprotokoll ratifiziert.

Das Ziel der Behindertenrechtskonvention stimmt mit den Bestrebungen der Schweiz überein: Die Rechte von Menschen mit Behinderungen sind zu schützen, sie sind zu fördern, und dadurch ist auch die autonome Lebensführung von Menschen mit Behinderungen zu fördern.

Die Konvention umfasst mit ihren 40 Artikeln einen betont weiten Geltungsbereich. Sie beinhaltet sowohl bürgerliche und politische als auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Mit der Ratifikation verpflichten sich die Staaten zur Umsetzung von Zielen und Rechten, die in unserer Rechtsordnung insbesondere im Behindertenrecht bereits verankert und somit für die Schweiz keine Neuigkeit sind. Führen wir uns einmal die bei uns gültigen spezifischen Vorschriften zugunsten von Menschen mit Behinderungen vor Augen: Es ist die Bundesverfassung mit dem Diskriminierungsverbot und dem Gesetzgebungsaufrag auf Ebene Bund, Kantone und Gemeinden, Massnahmen zur Beseitigung der Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu ergreifen; es ist das Behindertengleichstellungsgesetz mit seinen Verordnungen; es ist die IV-Gesetzgebung, und es sind besondere Bestimmungen in weiteren Gesetzen sowie zahlreiche Bestimmungen in den kantonalen Gesetzgebungen, insbesondere im Baubereich und im Schulbereich.

Wenn wir uns diese Liste ansehen, merken wir schnell, dass wir hier von ein und derselben Zielsetzung sprechen. Es ist die Zielsetzung, die einstellungs- und umweltbedingten Barrieren zu beseitigen, mit denen Menschen mit Behinderungen konfrontiert sind. Damit verbunden ist das Ziel, ihre gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu fördern. Genau das will auch die Behindertenrechtskonvention der Uno, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Sie stärkt damit – und das ist nicht zu unterschätzen – die Garantien und Ziele unserer Erlasse. Sie erhöht die Sichtbarkeit unserer Erlasse und überdacht sie mit einer internationalen Konvention, die absolut im Sinne der Schweiz ist.

Die Konvention selber schafft keinen Beschwerdegang, der es den betroffenen Personen oder den sie vertretenden Organisationen ermöglichen würde, sich im Falle einer Vertragsverletzung an ein Organ der Vereinten Nationen zu wenden. Hierzu wäre die Ratifikation des Fakultativprotokolls zur Konvention erforderlich. Eine solche Ratifikation ist nicht vorgesehen. Die Vorlage, wie wir sie heute beraten und Ihnen zur Annahme empfehlen, beschränkt sich also auf die Konvention selber.

Die SGK-SR hat sich im Zusammenhang mit dieser Vorlage auch und ganz speziell mit der Sichtweise der Kantone auseinander gesetzt. Wir hörten die Sozialdirektorenkonferenz (SODK) an, wir hörten die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) an. Während die SODK die Ratifizierung des Übereinkommens vorbehaltlos begrüßt, warf der Vertreter der EDK punkto Bildung teils besorgte Fragen auf. Diesen Fragen widmeten wir uns in der Kommissionssitzung intensiv. Die Mehrheit der Kommission war klar der Überzeugung, dass die geäußerten Befürchtungen angesichts der Umbrüche im Bildungsbereich verständlich sind, dass sie aber nicht in direktem Zusammenhang mit der Konvention rezipktive mit den Folgen der Konvention stehen. Eine interpretative Erklärung zu Artikel 24, wie sie von der EDK vorgeschlagen wurde, wurde seitens der Kommission nicht aufgenommen. Eine solche wurde als nicht zielführend, ja als kontraproduktiv erachtet.

Die Bestimmungen unserer Bundesverfassung sowie die Inhalte der interkantonalen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik machen die Verpflichtung bereits deutlich, auf die konkreten Bedürfnisse eines behinderten Kindes einzugehen. Gestützt auf unsere fortschrittlichen Rechtsvorschriften im Bildungsbereich sind die integrationsspezifischen Leistungen der Schweiz wirklich lobenswert und im internationalen Vergleich zum Teil weit fortentwickelt. Wenn ich «die integrationsspezifischen Leistungen der Schweiz im Bildungsbereich» sage, dann möchte ich natürlich auch und ganz konkret die Leistungen der Kantone und ihrer Bildungssysteme würdigen. Sorgen angesichts der Anforderungen von Artikel 24 der Konvention sind unbegründet. Was die Konvention im Bildungsbereich will, entspricht den geltenden Vorgaben der Bundesverfassung sowie der etablierten Rechtsprechung des Bundesgerichtes. Artikel 24 ist somit für die Kantone und ihr Bildungswesen nichts Neues.

Zu den Finanzen: Da die Uno-Behindertenrechtskonvention kaum neue Rechte schafft, die nicht schon heute aus den bei uns gültigen Rechtsbestimmungen abgeleitet werden können, wird sie keine unüberblickbaren finanziellen Konsequenzen haben. Selbstverständlich verursachen Gleichstellungsbestrebungen Kosten; das darf und soll man hier durchaus erwähnen. Diese Kosten entstehen bereits heute, als Folge der Umsetzung des geltenden Behindertengleichstellungsrechtes. Wichtig ist aber auch die Mitberücksichtigung von Opportunitätskosten, die entstehen, wenn man die Ausgrenzung zulässt und auf die Förderung von Integration und Selbstbestimmung verzichtet. Diese Opportunitätskosten wären deutlich höher. Zu erwähnen sind dabei drohende Abhängigkeiten von staatlichen Leistungen, von Bezügen aus Sozialversicherungen usw., wenn die Unterstützung von Integration und Selbstständigkeit vernachlässigt würde.

Neue Kosten, die mit Verweis auf die Konvention, die wir hier beraten, speziell zu erwähnen sind, beschränken sich auf



die strukturellen Vorgaben zuhanden von Bund und Kantonen im Zusammenhang mit dem Monitoring der Konvention. Hier ist aber insbesondere darauf hinzuweisen, dass der Bund mit dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen bereits über eine wichtige Koordinationsstelle und Anlaufstelle verfügt. Dieses Büro soll die Kantone künftig, gerade im Hinblick auf diese Konvention, auch stärker unterstützen können – natürlich unter Einhaltung der kantonalen Autonomie, gerade im Bildungsbereich.

Wichtig scheint mir zum Abschluss die Bemerkung, die auch der Bundesrat in seiner Botschaft hervorhebt: Viele Bestimmungen des Übereinkommens haben einen programmativen Charakter. Es sind also Verpflichtungen, die die Vertragsstaaten progressiv, unter Berücksichtigung ihrer Mittel, unter Berücksichtigung ihrer Gegebenheiten vor Ort im Rahmen ihrer nationalen Gesetzgebung umsetzen.

Ich bitte Sie im Namen der SGK, das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu unterstützen – dies im Einklang mit der Haltung des Bundesrates sowie des Nationalrates, der bereits in der vergangenen Sommersession darüber befunden hat. Wir sind in der SGK mit 9 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen auf die Vorlage eingetreten. Wir haben sie in der Gesamtabstimmung mit demselben Resultat angenommen und bitten Sie um Zustimmung zu unserem Beschluss.

**Maury Pasquier** Liliane (S, GE): Vous l'avez entendu de la bouche de la rapporteuse, l'adhésion de la Suisse à la Convention relative aux droits des personnes handicapées représentera un pas en avant pour notre pays. Un petit pas, mais un pas important. Un petit pas parce que la Suisse dispose déjà de prescriptions en faveur de l'égalité des personnes handicapées, parmi lesquelles l'interdiction constitutionnelle de la discrimination, la loi sur l'égalité pour les handicapés et la législation relative à l'assurance-invalidité. Notre pays satisfait donc dans une large mesure aux exigences de la convention, laquelle permettra surtout d'inscrire le droit suisse des personnes handicapées dans un cadre uniifié, cohérent et visible.

L'adhésion à cette convention représente un petit pas non seulement parce que ce texte ne crée pas de nouveaux droits spécifiques pour les personnes handicapées, mais aussi parce qu'il se contente de préciser les conditions qui permettent à ces personnes d'exercer effectivement leurs droits, au même titre que les personnes non handicapées. Jusqu'à présent, il faut dire que la mise en oeuvre du droit de l'égalité des personnes handicapées ne se fait pas vraiment au pas de charge. L'adhésion à cette convention incitera donc le législateur que nous sommes à examiner pas à pas les lois actuelles et à rechercher de meilleures solutions pour les appliquer.

C'est en cela que l'adhésion à ce texte est, pour notre pays, un pas important. En effet, en contribuant à concrétiser le droit suisse en vigueur et à stimuler sa mise en oeuvre, cette convention permettra de réduire les préjugés et les obstacles qui empêchent les personnes handicapées de participer pleinement à la vie en société. Ceci sans compter que, pour un pays de tradition de promotion des droits humains et de protection des minorités comme le nôtre, l'adhésion à cette convention est un geste logique et représente un signal important aux yeux de la communauté internationale.

Je rappelle qu'à ce jour pas moins de 137 Etats et l'Union européenne, à deux pas de chez nous pour ainsi dire, ont ratifié la convention. C'est un mouvement global, un pas de danse universel dans le concert des nations. Elaborée par et pour les personnes concernées, cette convention représente un pas important, pour les personnes handicapées bien sûr, mais aussi pour toute la société. Y adhérer, c'est avancer vers une Suisse ouverte à toutes et à tous, vers une Suisse forte de sa cohésion sociale.

C'est pourquoi je vous invite à emboîter le pas au Conseil fédéral, au Conseil national et à la majorité de la commission en adoptant ce projet.

**Graber Konrad** (CE, LU): Die Ziele der Uno-Behindertenrechtskonvention sind hochgesteckt. Alle Menschen sollen in allen Lebensbereichen an der Gesellschaft teilhaben können. Die Freiheit, darüber zu entscheiden, und die Wahlmöglichkeit sind in der sogenannten inklusiven Gesellschaft eine Grundvoraussetzung. Jeder Mensch hat dabei die Möglichkeit, dazuzugehören, mitzubestimmen und sich letztlich wohlzufühlen. Der Grundgedanke besteht darin, dass es nicht eine starke, gesunde und eine schwache, behinderte Menschheit gibt – es gibt nur eine Menschheit. Jeder Mensch gehört dazu und hat die Möglichkeit, mitzubestimmen und sich wohlzufühlen. Es besteht somit letztlich auch keine Definitionsmacht, also auch keine Gruppe, die hierarchisch über die Rechte der anderen bestimmen kann. Dies ist der Idealzustand, den wir wohl kaum je erreichen werden. Zumindest sollten wir uns aber in diese Richtung bewegen. Dafür bildet diese Konvention aus meiner Sicht eine gute Basis.

Zu meiner Interessenlage: Ich war bis Anfang 2000 während rund zwölf Jahren Präsident der Stiftung für Schwerbehinderte Luzern, einer Organisation, die damals an rund zwanzig Standorten rund vierhundert Menschen mit einer schweren Behinderung in ihrem Leben begleitete und die bis heute noch weiter angewachsen ist.

In der Kommission gab – die Kommissionssprecherin hat das ausgeführt – vor allem Artikel 24 der Konvention, «Bildung», zu Diskussionen Anlass. Die Kommission überlegte sich gestützt auf ein Schreiben der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, bei der Ratifizierung eine zusätzliche Erklärung abzugeben, mit der die Schweizer Position noch verdeutlicht werden sollte. Danach wären integrative Lösungen separierenden Lösungen vorzuziehen, unter Beachtung des Wohles und der Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes oder des Jugendlichen sowie unter Berücksichtigung des schulischen Umfeldes und der Schulorganisation.

Diese Auslegung von Artikel 24 der Konvention scheint mir trotz der Bedenken der EDK nicht erforderlich, und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen:

1. Es schiene mir dann fast ein bisschen zufällig, wenn wir uns nur zum Bildungsbereich äussern würden. Es sind in der Konvention auch noch andere Themen angesprochen – die Familie in Artikel 23, Gesundheit in Artikel 25, sozialer Schutz, angemessener Lebensstandard, Arbeit, Beschäftigung, Mobilität usw. –, die allenfalls ebenfalls noch präzisiert werden könnten und müssten, wenn wir uns auf der gleichen Flughöhe wie beim Thema Bildung bewegen möchten. Ich meine aber, es geht bei einer solchen Konvention um die grossen Linien. Es geht darum, die grossen Linien zu sehen und alles auch mit gesundem Menschenverstand zu vollziehen und anzuwenden.

2. Wenn wir die Konvention nicht ratifizieren bzw. durch eine Erklärung relativieren würden, hätte dies eine Wirkung gegen innen und eine Wirkung gegen aussen. Gegen innen würden wir signalisieren, dass wir den Menschen mit einer Behinderung nicht dieselben Entwicklungsmöglichkeiten geben möchten. Die Wirkung gegen aussen wurde bereits angesprochen. Wenn zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Botschaft 154 Staaten unterzeichnet und 126 das Übereinkommen ratifiziert haben, müssen wir uns wirklich überlegen, ob es sich dann lohnt, in eine andere Richtung zu gehen bzw. noch eine einseitige Erklärung abzugeben. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass die Kommission dann diesen Weg auch nicht beschritten hat.

Diese Konvention wird dazu führen – und das ist ja auch der beabsichtigte Zweck –, dass wir uns international mit diesen Fragen systematisch auseinandersetzen. Für unser Land ist es befriedigend zu erfahren, dass wir die erwähnten Punkte in der Konvention bereits erfüllen. In diesem Lichte sehe ich auch die vorgesehenen Kontrollen. Wenn eine Kontrolle zu einer Bemerkung führt, können wir uns mit dem, was bemängelt wird, auseinandersetzen. Wir dürfen die Konvention also mit gutem Gewissen genehmigen, dürfen auch ein bisschen stolz sein, dass wir im Bereich von Menschen mit Be-

hinderungen, auch international betrachtet, bereits über einen sehr guten Stand verfügen.  
Ich bitte Sie, der Vorlage zuzustimmen.

**Kuprecht Alex (V, SZ):** Das internationale Übereinkommen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen stellt ein wichtiges Instrument dar, um die Diskriminierung der Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen zu bekämpfen und um ihre selbstständige Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu fördern. Diese Zielsetzung ist an sich ehrenwert und bedarf eigentlich der Unterstützung. Beim Studium der Botschaft habe ich mich allerdings nicht primär von den 126 Staaten leiten lassen, die das Abkommen bereits ratifiziert haben, sondern mir vielmehr die Frage gestellt, welchen zusätzlichen Nutzen eine Unterzeichnung unserem Land und insbesondere den Behinderten in unserem Land bringt.

Immerhin werden im Abkommen Rechte und Garantien festgehalten, zum Beispiel das Recht auf ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben. Das Abkommen garantiert den Schutz von Frauen und Mädchen mit Behinderungen vor Mehrfachdiskriminierungen, das Recht auf eine eigene Familie, das Recht auf Beschäftigung sowie das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard und auf sozialen Schutz. Die Vorschriften des Übereinkommens richten sich daher primär an den Gesetzgeber, welcher die Richtlinien bei seiner Tätigkeit zu beachten hat. Die Beachtung von Richtlinien bedeutet in der schweizerischen Umsetzungsmauer bekanntlich pflichtgetreue Ausführung und die Beachtung aller internationalen Vereinbarungen. Diese Musterschülerrolle ist wohl die Folge schweizerischer Tugend, Pflichterfüllung und Verlässlichkeit.

Vergleicht man aber diese Vorlage mit dem, was unser Land in Bezug auf die Unterstützung und Integration von behinderten Menschen bereits gemacht hat, so stellt man fest, dass die Schweiz ein Staat ist, der diese wichtige Integrationsaufgabe schon seit Jahren sehr ernst genommen und weltweit an vorderster Front grosse Bemühungen zugunsten der behinderten Mitmenschen unternommen hat – dies nobabene ohne irgendwelche Abkommen oder Konventionen. Das ist auch richtig so. So bestehen auf Bundesebene das Behindertengleichstellungsrecht und insbesondere das in Artikel 8 Absatz 2 der Bundesverfassung verankerte Diskriminierungsverbot. Dieser Verfassungsartikel führte schlussendlich zum Behindertengleichstellungsgesetz sowie zu zahlreichen weiteren Vorschriften in den verschiedenen Spezialgesetzgebungen. Zusätzlich gelten in den Bereichen, in denen die Kantone zuständig sind, die jeweils anwendbaren kantonalen Gesetzgebungen, namentlich in den Bildungs-, Bau-, Sozial-, Gesundheits- und Dienstleistungsberufen.

Ich habe mich deshalb gefragt: Kann man durch die Unterzeichnung dieser Konvention eigentlich noch mehr tun, was für unsere Behinderten einen effektiven Nutzen und Mehrwert hat? Ich bin in meiner Beurteilung zum Schluss gekommen, dass die Unterzeichnung wohl ein Zeichen auf dem internationalen Parkett und für die entsprechenden Gremien darstellt, aber in keiner Weise etwas für unsere Behinderten mit sich bringt. Diese Auffassung wurde mir im Übrigen auch in einem Gespräch mit Vertretern einer Behindertenorganisation bestätigt. Unser Land hat in den vergangenen Jahren sehr grosse Bemühungen in Bezug auf die Besserstellung der Menschen mit einer Behinderung unternommen, ohne dass es dem Übereinkommen beigetreten wäre. Das ist wesentlich mehr wert, als einem Übereinkommen anzugehören, bei dem zahlreiche Unterzeichner die Ratifikation lediglich aus Gründen des besseren Ansehens in der Weltöffentlichkeit vorgenommen haben. Der Wille zur Umsetzung in die Realität lässt dann in vielen Staaten merklich nach, oder die Umsetzung findet überhaupt nicht statt.

Ich habe die Umsetzung von Massnahmen zur echten Verbesserung der Lage unserer behinderten Mitmenschen stets unterstützt – im Bewusstsein, dass die beschlossenen Projekte immer mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden sind. Die Integration behinderter Mitmenschen in un-

sere Gesellschaft konnte dadurch wesentlich verbessert werden. Wir sind damit allerdings noch nicht am Ziel angekommen und müssen auch in Zukunft überall dort, wo es möglich und verhältnismässig ist, die Bemühungen weiterführen. Das ist die verantwortungsvolle Aufgabe von uns als Gesellschaft, die wir gegenüber unseren behinderten Mitmenschen haben.

Trotz meinem klaren Bekenntnis zugunsten der Integration von Behinderten lehne ich dieses Übereinkommen ab – in der Überzeugung, dass es für unser Land, insbesondere für unsere Behinderten, keinen effektiven Nutzen und Mehrwert mit sich bringt. Diese Überzeugung ist in den letzten Wochen gereift, nicht zuletzt nach Diskussionen mit Vertretern einer in der Schweiz wichtigen Behindertenorganisation, die täglich direkt mit diesen Fragen konfrontiert sind. Ich werde deshalb diesem Übereinkommen nicht zustimmen.

**Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG):** Herr Kuprecht stellt die Frage, ob es für die Behinderten einen Nutzen gibt. Ja, es gibt einen Nutzen, wenn wir mit all diesen Ländern im Ausland dazu stehen, dass wir diese Konvention ratifizieren. Wir zeigen damit, dass in der Schweiz der Einbezug der Behinderten als gleichwertige Mitglieder unserer Gesellschaft wirklich Tatsache ist. Das ist fundiert; wir haben einen entsprechenden Artikel in der Bundesverfassung, der uns sagt, dass niemand aufgrund einer Behinderung diskriminiert werden darf.

Ich möchte noch Folgendes präzisieren: Die EDK hat uns geschrieben und hat einen Vorbehalt aufgestellt. Als sie aber gefragt wurde, wie denn der Vorbehalt aussehen müsste, da war sie nicht bereit, etwas Konkretes hinzuzufügen. Deshalb kam das auch gar nicht richtig zur Sprache. Wie Herr Gruber ausdrücklich erwähnt hat, fordert die Konvention, dass Behinderte in Bildungsfragen genau gleich behandelt werden sollten. Sie erinnern sich an das Behindertengesetz. Wir hatten dort genau die gleiche Diskussion. Muss man jetzt alle in die gleiche Schule schicken? Wir haben dort, beim Behindertengesetz, ganz klar Folgendes festgehalten: Gleichwertige Förderung heißt nicht, dass sie in der gleichen Klasse erfolgen muss. Es gibt vielmehr auch Schwerbehinderte, die gesondert gebildet und gefördert werden müssen. An diesem Faktum ändert sich überhaupt nichts.

Wir sind in der Behindertenfrage so weit fortgeschritten, mit der Verfassung, mit den entsprechenden Gesetzen, dass uns diese Konvention zu gar nichts Neuem verpflichten wird. Deshalb können wir der Vorlage auch sehr gut zustimmen. Wenn wir aber alles, was wir dazu in der Verfassung haben, was wir gesetzlich geregelt haben und was wir zum Teil in einer Volksabstimmung haben absegnen lassen, wirklich ernst nehmen, dann würde es niemand verstehen, wenn wir diese Konvention jetzt nicht unterzeichnen könnten. Das wäre ein Widerspruch in sich.

Deshalb bitte ich Sie mit der Kommissionssprecherin, dieser Konvention zuzustimmen.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Vous avez dit qu'il s'agissait au fond de réduire les préjugés et je crois aussi qu'en effet c'est de cela qu'il s'agit. Il s'agit de réduire les préjugés, mais surtout il s'agit d'envisager cette réduction des préjugés au niveau universel. Il y a ici comme enjeu une vision universelle de l'intégration des handicapés et la question qui se pose au fond est de savoir si la Suisse, qui est à la pointe ou en tout cas – cela a été dit aussi par le conseiller aux Etats Konrad Gruber – bien placée en comparaison internationale, doit faire partie ou non de ce mouvement universel de réduction des préjugés et d'intégration des handicapés. La question est donc: voulons-nous faire partie de ce mouvement ou ne le voulons-nous pas? Pour le Conseil fédéral la réponse est claire.

Il est vrai, Monsieur le conseiller aux Etats Kuprecht, qu'il ne faut pas regarder simplement le nombre de pays qui ont décidé de signer ou ratifier cette convention, mais on ne peut pas non plus en faire totalement l'économie. La réalité est qu'il y a à ce jour 158 Etats qui ont signé cette convention et



138 Etats qui l'ont ratifiée. Il y a donc une réalité universelle de plus en plus nette, et la question qui se pose là aussi est de savoir au fond quel message on donnerait si on refusait d'aller dans cette direction-là, quel message on donnerait non pas uniquement au monde et à ce que vous appelez toujours «le parquet international» – quoiqu'il y a beaucoup d'endroits dans le monde où il n'y a pas beaucoup de parquet –, mais j'aimerais dire ici que le message sera aussi interne, à l'égard des personnes handicapées en Suisse. Comment expliquer aux personnes handicapées en Suisse que ce mouvement universel est de plus en plus partagé, sauf ici?

L'attitude qui consiste à dire: «Si cela ne nous apporte pas quelque chose de plus et si cela n'est pas assez pratique, alors on ne peut pas soutenir la convention», a une force symbolique qui ne doit pas être sous-estimée. Dans tous les cas, le Conseil fédéral a dit: «Il faut faire partie de ce mouvement universel.» Le Conseil national a confirmé cette belle volonté et il s'agit maintenant pour le Conseil des Etats de mettre, en quelque sorte, la touche finale à l'opération. Nous vous proposons de le faire et vous remercions d'ores et déjà de bien vouloir aller dans cette direction.

Ce que j'aimerais confirmer ici, c'est que la convention n'est en rien étrangère au droit suisse. Il n'y a rien de nouveau et la convention est dans la droite ligne du droit de notre pays en matière d'égalité et d'intégration. Vous connaissez le principe constitutionnel, vous connaissez également le mandat constitutionnel et vous savez que cette convention veut, au fond, garantir les droits de l'homme aux personnes handicapées – ce qui paraît évident. Là aussi, il serait difficile de donner tout à coup un message inverse. Cette convention ne crée pas de droits spéciaux, elle concrétise l'application de standards, elle sensibilise les Etats parties – et encore une fois il s'agira bientôt du monde entier – aux besoins spécifiques des handicapés. La convention, cela a été dit, s'adresse avant tout aux législateurs, qui peuvent décider dans un cadre fixé. Il n'y a pas de nouveaux éléments décollant directement de cette convention.

Le Conseil fédéral, avant de proposer ce mouvement d'adhésion à l'universalité du principe d'intégration des personnes handicapées, a regardé ce que cela voulait dire pour notre pays d'un point de vue pratique. Il y a trois points qui sont absolument essentiels pour le Conseil fédéral: tout d'abord la concrétisation doit se faire dans le respect du principe fondamental de proportionnalité, ensuite elle doit se faire dans le cadre de la législation nationale et, enfin, elle doit se faire en utilisant les ressources à disposition – ce qui est important pour la Confédération, mais aussi pour les cantons. La convention n'a donc rien d'autoritaire: chaque Etat est autonome dans la définition de sa propre voie. La voie propre de la Suisse, j'en ai parlé, c'est en particulier l'article 8 de la Constitution, avec le principe et le mandat pour éliminer les inégalités qui frappent les personnes handicapées, c'est ensuite la législation – en particulier la loi sur l'égalité pour les handicapés – et ce sont toutes les questions liées aux assurances sociales.

Donc la Suisse satisfait déjà aux exigences de cette convention. La ratification de cette dernière s'inscrit dans la pratique constante de notre pays, qui prévoit qu'on ne ratifie que ce qu'on a la possibilité de réaliser véritablement par notre législation.

Mais la convention comporte précisément cet élément supplémentaire qui permet de traiter l'égalité de manière exhaustive, concrète et de donner un cadre uniforme et cohérent également au droit suisse existant en matière d'égalité pour les personnes handicapées, qui est aujourd'hui fragmenté. C'est au fond un geste universel de reconnaissance et il est important que la Suisse sache également, de temps en temps, faire un geste avec les autres quand il s'agit d'un geste aussi important en termes d'intégration.

La convention n'implique pas l'adoption de nouvelles lois; elle n'implique pas non plus d'autres mesures de la part des cantons.

Dans le cadre de la commission et aujourd'hui également pour une part, on a abordé en particulier le cas de la forma-

tion, soit l'article 24 de la convention, qui prévoit de disposer d'un système intégratif. Au fond, la Suisse l'a déjà: il est bon de préciser également dans ce conseil que nous avons ratifié d'ores et déjà la Convention relative aux droits de l'enfant et le Pacte I de l'ONU, et avec cela, nous nous sommes engagés à intégrer les enfants.

Ce qui nous intéresse – et ça devrait toujours être le cas –, c'est le bien de chaque enfant et il n'y a rien de nouveau pour la Suisse. C'est le système suisse qui est déjà, en soi, intégratif, et quand on parle d'intégration, on n'exclut pas le fait qu'il y ait des écoles spécialisées, mais on cherche, par la voie de l'école publique, qu'elle soit spécialisée ou non spécialisée, à trouver la meilleure solution pour chaque enfant. Chaque fois, la seule question qui se pose, c'est: qu'est-ce qui est bien pour l'enfant? C'est exactement ce que fait la Suisse.

Avec l'article 24 de cette convention, on ne change rien en la matière. On donne la priorité à l'intégration et, après, il s'agit de trouver à chaque fois la meilleure manière de travailler.

En ce qui concerne les coûts de cette convention, cela a été dit: les coûts de l'intégration des personnes handicapées sont importants mais ils sont déjà liés aux législations existantes. Ce n'est pas la convention en elle-même qui détermine les dépenses, ce sont évidemment les décisions que chaque Etat prend dans le cadre de sa législation et dans le cadre de ce qu'il estime être proportionné. Dans ce sens-là, il n'y a pas non plus de nouvelles obligations.

Concernant la surveillance, je confirme que nous nous engageons à faire un rapport sauf erreur tous les deux ans. Il peut y avoir par la suite du côté international de l'opération des recommandations, que le Conseil fédéral étudie par après, avec les cantons, et qu'il accepte ou non, en fonction de ce que la Suisse souhaite. Il n'y a donc, là encore, pas d'engagement qu'on ne pourrait pas satisfaire par la suite.

Nous vous remercions de soutenir ce mouvement universel vers l'intégration des personnes handicapées, qui correspond également depuis longtemps à une volonté suisse. Il n'y a pas de raison de rester davantage à l'arrière du peloton de ce mouvement. Il n'y a aucune raison que la Suisse ne s'y intègre pas elle-même. Merci donc de bien vouloir soutenir ce dossier.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

#### **Bundesbeschluss über die Genehmigung des Übereinkommens vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

#### **Arrêté fédéral sur l'approbation de la Convention du 13 décembre 2006 relative aux droits des personnes handicapées**

*Detailberatung – Discussion par article*

##### **Titel und Ingress, Art. 1, 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

##### **Titre et préambule, art. 1, 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes ... 32 Stimmen

Dagegen ... 3 Stimmen

(3 Enthaltungen)

